

Völkischer Arbeiterzeitung

Organ des Deutschen Sattler, Tapezierer u. Portefeuller-Verbandes

Erscheint alle acht Tage
Abonnements bei allen Postämtern.

Verlag und Redaktion: Berlin S.O. 16, Brüdenstraße 10 b^{III}
Fernsprecher: Amt Westplatz Nr. 2120

Kontokonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten, A.-G., Berlin, Wallstraße 6.
Postfachkonto der Bank: Berlin 399.

Der 12. deutsche Gewerkschaftskongress

Am 31. August trat in Breslau der 12. Kongress der freien Gewerkschaften, die im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigt sind, zusammen. Bereits am Sonntag, den 30. August fanden zum Empfang der Delegierten künstlerische Veranstaltungen im festlich geschmückten Gewerkschaftshause statt. Die Breslauer Gewerkschaften verfügten über einen Festsaal, der dem Kongress eine überaus würdige und farbenprächtige Unterkunft bietet. Dieser Raum ist kurz vor dem Kongress im neuen modernen Farbenschmuck eben fertig gestellt, er wird als der schönste bezeichnet, der zurzeit hier existiert.

Es ehrt die Veranstalter des Kongresses ganz besonders, daß die Eröffnung gleichzeitig mit einer Kranzniederlegung am Grabe Ferdinand Lassalles, dem Erwecker der deutschen Arbeiter zum Klassenbewußtsein, verbunden wurde, an welcher insbesondere außer Vertretern des ADGB, die ausländischen Delegierten, die zahlreich vertreten waren, teilnahmen.

Der Bundesvorsitzende Leipart eröffnete den Kongress mit einer Begrüßung der Erschienenen, unter welchen sich außer 313 Delegierten und den Vertretern der ausländischen Gewerkschaften auch zahlreiche Vertreter der Reichs- und Landesbehörden sowie der Stadt Breslau befanden. Es ist bezeichnend, wie der Stadt Breslau befanden. Es ist bezeichnend, so führte Leipart aus, daß die Behörden, die uns bisher völlig ignorierten und keine Zeit für uns übrig hatten, hier so zahlreich vertreten sind. Das ist auch ein Beweis dafür, daß die Gewerkschaften im öffentlichen Leben ein Machtfaktor geworden sind, der beachtet werden muß. Dann gedachte er der Verstorbenen, die der Arbeiterbewegung angehört haben, vor allem Fritz Oberst. Aber auch jener, die nicht an exponierten Posten, sondern in Reich und Reich ebenso treu und beharrlich der Arbeiterklasse gedient haben. Dann gedachte er Lassalles, in dessen Geburtsstadt der Kongress tagt, ebenso Theodor Heuss, des ersten großen Organisators der deutschen Arbeiter und insbesondere der Holzarbeiter.

Als dann nahm Leipart die letzte Kundgebung der deutschen Unternehmervereinigungen vor. Er kennzeichnete den Inhalt, der jedes Verständnis für die Lage der Arbeiter vermissen läßt, mit aller erforderlichen Schärfe. Die großen Wirtschaftsverbände, die gegen die Verteuerung der Lebenshaltung des deutschen Volkes bei der Regierung und im Reichstag durchgesetzt haben, entbänden sich nicht, in dieser Kundgebung den Lohnabbau zu verlangen und anzuhängen. Die Arbeiterklasse wird dadurch zu neuen Kämpfen von gewaltigen Ausmaßen gezwungen, welche die Wirtschaft aufs neue erschüttern müssen. Aber auch die Regierung und die Behörden haben sich einseitig für die Interessen der Unternehmer eingestellt. Sie haben sich fast ausschließlich in ihren Maßnahmen von Vertretern der Unternehmer beraten lassen. Es muß verlangt werden, daß auch die Vertreter der Gewerkschaften gehört und ihre Ausführungen beachtet werden.

Dann sprach der Vertreter der Breslauer Gewerkschaften Ruffert Begrüßungsworte und gab zugleich ein anschauliches Bild von den Arbeiterkämpfen, die in Breslau schon in alter Zeit stattgefunden haben. Er wies besonders auf die jetzige schwierige Lage der Breslauer Arbeiterklasse hin als Hauptkriterium des Ostens. Neben den Vertretern der Reichs- und Landesbehörden sprach auch Breslauer Stadtverordneter sehr herzliche Worte, indem er die Tätigkeit der Gewerkschaften anerkannte und ihre weitere Mithilfe erbat, insbesondere in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die in Breslau infolge der schlechten Lage der Metallindustrie und Entlassungen bei der Eisenbahn zu verzeichnen sind.

Als Vertreter des Internationalen Gewerkschaftsbundes sprach Meriens-Belgien herzliche Worte in französischer Sprache, die vom Kollegen Fritz Hummer überfetzt wurden. Wertens sprach zugleich im Namen der sämtlichen Auslandsvertreter.

Vom Internationalen Arbeitsamt, vom AF-Bund und Beamtenbund sprachen ebenfalls Vertreter Begrüßungsworte. Nach erfolgter Bureauwahl erstattete der Bundesvorsitzende Leipart den Bericht über die Tätigkeit des ADGB. Er warf einen Rückblick auf die politische Lage nach dem Kongress in Leipzig, auf die außerordentlich schwierige Lage, in welche die Gewerkschaften infolge der Inflationenwirtschaft geraten waren und dankte den ausländischen Gewerkschaften in herzlichen Worten für die wertvolle Unterstützung, die sie den deutschen Gewerkschaften unaufgefordert damals geleistet haben. Es würde an dieser Stelle zu weit führen, die wohl-durchdachten Ausführungen, die Leipart insbesondere an die Adresse der Regierung, der Behörden und der Unternehmer gerichtet hat, auch nur auszugsweise wiederzugeben, die Interessierten unserer Leser dürften dies ohnehin bereits in der Tagespresse nachgelesen haben. Die Worte waren zum Teil sehr scharf, die Leipart sprach, sie waren aber auch sehr notwendig, denn es unterliegt keinem Zweifel: Regierung, Behörden und Justiz haben sich bereits wieder in einseitiger Weise demüht, bei allem ihren Tun und Lassen in erster Linie die Interessen der Unternehmer und Besessenen zu berücksichtigen.

An die Preisabbauaktion, die zurzeit von der Regierung organisiert wird, dürfen wir allzu große Erwartungen nicht knüpfen. Die Arbeiter selbst müssen sich bereit halten, den Kampf zu führen gegen die Zerstörung ihrer Arbeitskraft durch die Verteuerung der Lebenshaltung und gleichzeitigen Lohnabbau, wie ihn die Unternehmer fordern. Die Verantwortung für alles, was daraus entsteht, haben jene zu tragen, die mithalten, solche Zustände herbeizuführen. Leipart betonte insbesondere, daß der ADGB sich mit seiner ganzen Kraft für die Wiederherstellung des Achtstundentages einsetzen werde. Bevor jedoch zur Waffe des Volkentscheids gegriffen wird, soll zunächst aus eigener Kraft versucht werden, den Achtstundentag tariflich zu sichern.

Sehr beachtlich ist auch, was Leipart zu dem Schlagwort von der Mobilisierung der Massen sagte. Er könne darunter nicht den Generalkrieg in jedem Falle verstehen. Die Mobilisierung müsse vielmehr darin bestehen, die Arbeiter noch besser gewerkschaftlich zu organisieren. Für viele Arbeiter sei die Massendemonstration nur eine bequeme Gelegenheit gewesen, sich von einer beharrlichen Organisationsarbeit zu drücken, um am Ausbau der Organisation nicht tätig sein zu müssen.

Auch die Rolle der kommunistischen Partei gegenüber den Gewerkschaften und ihre Forderung der Einheitsfront wurde von Leipart scharf und klar gezeichnet. Die deutschen Gewerkschaften bilden eine Einheitsfront, die Parole der Sinowjew und Losowsky verlangt jedoch, daß diese Einheitsfront durch Bildung von kommunistischen Fraktionen innerhalb der Gewerkschaften zerstört wird.

Damit ist die Legende von der Einheitsfront, die von der Moskauer Exekutive verlangt wird, endgültig zerstört. Dies dürfte auch nebenbei bemerkt darin seinen Ausdruck finden, daß sich dem Gewerkschaftskongress nur zwei Kommunisten, unser Kollege Galm und ein Stuttgarter, die kommunistische Partei vertraten. Von Interesse dürfte auch noch sein, was Leipart an die Adresse verschiedener Arbeiter gerichtet hat, die nur allzugerne Lieberstunden schieben und dadurch den Achtstundentag untergraben helfen. Die kulturelle Bedeutung des Achtstundentages ist diesen Arbeitern offenbar noch lange nicht klar geworden.

Leipart richtete auch den gleichen Appell an die deutschen Arbeiter, den wir schon sehr oft an dieser Stelle an unsere Kollegen gerichtet haben. Nämlich die Aufforderung, das Vertrauen zur Organisation und ihrer Kampftrakt in die Arbeitermassen zu tragen, die Einigkeit und Geschlossenheit der Bewegung mit Beharrlichkeit und Treue zur Sache herzustellen zu helfen. Denn das sind die alleinigen Faktoren, die uns mit der Zeit den Sieg unserer Sache verbürgen können.

Es ist bezeichnend, daß im Jahresdurchschnitt im Jahre 1924 jedes Mitglied des ADGB 19,27 M. an Beiträgen für die Organisation geleistet hat, während im Jahre 1913 10 M. mehr, nämlich 29 M. geleistet wurden. Dieses finanzielle Mantel beleuchtet die Situation sehr drastisch und muß uns anspornen, den Ausgleich möglichst schnell zu erreichen und die Kampftrakt nicht nur herzustellen, sondern zu steigern.

Zu diesem Tätigkeitsbericht, aus dem wir wie gesagt nur einige markante Stellen wiedergeben, weil sie für uns, wenn sie beachtet werden, ganz besonders fruchtbar sein können, wäre noch vieles zu sagen; wir wollen uns indes mit der Mitteilung begnügen, daß derselbe gegen nur zwei Stimmen gutgeheißen und dem Bundesvorstand das Vertrauen des Kongresses ausgesprochen wurde.

Zollmauern ringsum — erhöhte Steuerlasten — Was ist zu tun?

Die bürgerliche Mehrheit des Reichstages, die unter Ausnutzung aller parlamentarischen Mittel die kleine Zolltarifnovelle und besonders die auf die Lebenshaltung der Lohnempfänger wirkenden Steuererlasse mit Vorzug verabschiedete, hat für die kommenden Jahre den Weg gewiesen, auf dem die Ausplünderung des arbeitenden Volkes demütungslos erfolgen soll, während die kapitalträchtigen Kreise nicht nur geschont werden, sondern, nach dem offiziellen Plan der Regierung, zu ihrem alten Besitz neues Betriebskapital in die Taschen geschoben bekommen. Die Sozialparteien handelten damit konsequent als kapitalistische Interessensvertretung. Als solche sind sie mit tatkräftiger Unterstützung von Millionen unaufgestärkter Arbeiter, Angestellten und Beamten am 7. Dezember 1924 zur Mehrheit gelangt, die nun auch rücksichtslos von ihrer Macht bis zur Neuwahl des Reichstages im Jahre 1928 Gebrauch macht.

Seit Beendigung des Krieges tobt der Kampf um die Verteilung der Lasten, die der Krieg dem deutschen Volke aufbürdete, geführt unter dem Schlagtruf „für oder gegen die Erfüllungspolitik.“ Auch der Ruhrkampf wie die Morde an Erzberger und Rathenau sind letzten Endes auf dieselben Ursachen zurückzuführen. Der Kampf der Sozialparteien gegen die Erfüllungspolitik diente nur zur Verschleierung des Kampfes um größeren politischen Einfluß in Staat und Wirtschaft, um die Abwälzung aller Staatslasten auf die Arbeiterklasse ungehemmt vollziehen zu können. Das Ziel ist erreicht, die politische Macht ist besetzt, der wirtschaftliche Druck auf das Proletariat ist die Folge. Die wirkliche Erfüllungspolitik beginnt mit den neuen Steuer- und Zollgesetzen.

Millionen deutscher Lohn- und Gehaltsempfänger werden allerdings erst durch erhöhte Lebensmittelpreise daran erinnert werden, daß in der deutschen Gesamtwirtschaft eine Veränderung eingetreten ist. In dem Kampf um die Verteilung der Kriegslasten vertraute die Mehrheit im deutschen Volke zu sehr dem „Ketter“ und den Rattenfänger-tönen der bürgerlichen Profitjäger. Diese Vertrauenslosigkeit mußte sich sehr bald rächen. Große Teile übersehen noch immer, daß der heutige Staat gezwungen ist, bedeutend intensiver in die Haushaltung und Lebenshaltung jedes einzelnen einzugreifen, als das früher notwendig war. Die Gründe liegen durchaus klar und jeder Arbeiter in Deutschland muß erkennen, daß der Staat nach 1918 wesentlich höhere Lasten zu tragen hat, daß aber die Art der Lastenverteilung in die Hand jedes deutschen Wählers gegeben ist.

Die gesamte deutsche Steuerlast betrug im Jahre 1913 an Reichs-, Staats- und Gemeindesteuern etwa 4,5 Milliarden Mark. Das Steueraufkommen des Reiches im Jahre 1924 betrug 7,3 Milliarden Mark, wovon 2,857 Millionen Mark an Länder und Gemeinden zurückgezahlt wurden. Die Eingänge der Länder und Gemeinden aus eige-

nen Steuern werden auf 2 440 Millionen Mark im Jahre 1924 geschätzt, so daß also insgesamt etwa 9,8 Milliarden Mark an Steuern oder das 2 1/2 fache gegenüber 1913 aufgebracht werden sind. Die Steuerlasten im Etatsjahr 1925 werden etwa 12 Milliarden Mark betragen, die aufzubringen sind von einer wesentlich geringeren Volkszahl gegenüber 1913. Allein die preussische Steuerlast je Kopf ist gestiegen von 13,40 Mark im Jahre 1914 auf 37,01 Mark im Jahre 1925. Gemessen am Volkseinkommen, das nach Schätzungen 40 bis 45 Milliarden Mark pro Jahr in der Vorkriegszeit betrug und auf 20 bis 25 Milliarden Mark jetzt gesunken ist, bedeutet diese Steuerbelastung etwas ganz Ungeheuerliches. Vor allem sind es die Hand- und Kopfarbeiter, die als einzige werkschaffende Faktoren diese gewaltige Last direkt und indirekt zu tragen haben. Aber nicht allein diese Lasten gilt es zu erarbeiten, sondern die Bildung von neuem privaten Betriebskapital für Industrie und Landwirtschaft wird von den Rechtsparteien mit der beschlossenen Zollvorlage angestrebt. Dabei hat die Regierung völlig übersehen, daß die Kapitalkisten längst ihr Feuer ins Trockene brachten anlässlich der von der Cuno-Regierung eingeleiteten Vermögensauseinanderziehung im Jahre 1923. Den gesparten Sparen, die bei sämtlichen deutschen Sportarten rund 1 1/2 Milliarden Mark in der Vorkriegszeit hinterlegt hatten, sind heute nur etwa 2 1/2 Milliarden verblieben. Dagegen verwalten die Banken heute etwa 5 Milliarden Mark liquide Mittel gegen 5 1/2 Milliarden Mark in der Vorkriegszeit.

In jedem Haushalt sind die Folgen dieser deutschen Zollpolitik bereits sehr spürbar geworden. Fast alle Lebens- und Bedarfsartikel sind im Preise wesentlich gestiegen, noch bevor die beschlossenen Zölle in Kraft getreten sind. Die Landwirtschaft wie die Regierung begründete die Agrarzölle mit den hohen Preisen, die für landwirtschaftliche Industrieprodukte bezahlt werden müßten, wogegen die Erzeugnisse der Landwirtschaft unterbewertet und zu gering bezahlt würden. Diese sogenannte Preis-schere bestand tatsächlich nur nach Eintritt unserer stabilen Währung, aber auch nur für sehr kurze Zeit und erreichte im Juni 1924 ihre größte Spanne, wo die Indexziffer für Agrarerzeugnisse auf 93,2 stand, während für Industriestoffe 148,9 errechnet wurde. Am 1. Juli 1925 übersteigt die Indexziffer für Agrarerzeugnisse mit 135 die der Industriestoffe mit 134,9. Mit der beschlossenen Zollvorlage werden die Preise für Agrarprodukte um mindestens den Zollobtrag über den Weltmarktpreis künstlich hinausgetrieben. Die Differenz zwischen Weltmarktpreis und Inlandspreis schießt also als besonderes Geschenk in die Taschen der Großlandwirtschaft. Die Regierung begründete die Agrarzölle ferner mit der Notwendigkeit, die Landwirtschaft produktiver zu gestalten, damit das deutsche Volk aus eigenem Boden ernährt werden könne, damit es vom Auslande unabhängig sei und ferner, um die passive Handelsbilanz aktiv zu gestalten.

Welche Argumente bedeuten nichts weiter als eine bewusste Irreführung der öffentlichen Meinung. Niemals seit Anfang der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts war die deutsche Landwirtschaft imstande, das deutsche Volk aus eigenem Boden zu ernähren, nicht einmal während des Weltkrieges in der schlimmsten Kohnkrisezeit. Nicht weniger als 1 1/2 Millionen Tonnen an Nahrungs- und Futtermitteln im Werte von 3/4 Milliarden Goldmark sind im Durchschnitt der Jahre 1912—1913 für die Ernährung des deutschen Volkes aus dem Auslande eingeführt worden. Es besteht gar keine Möglichkeit der Selbstversorgung, es sei denn, das deutsche Volk begnüge sich mit unmöglichen Hungerrationen. Denn die Anbaufläche ist gegenüber 1913 von 3 412 201 Hektar auf 2 760 000 Hektar im neuen Reichsgebiet zurückgegangen. Während im Jahre 1870 auf einem Quadratkilometer 75 Personen wohnten, wohnen jetzt auf einem Quadratkilometer 133 Personen. Das deutsche Volk ist in seinem jetzigen Umfang überhaupt nur lebensfähig, wenn es heimische Arbeitskraft mit fremden Bodenprodukten austauscht. Seit Jahrzehnten hat es deshalb dem Uebergang von der organischen zur anorganischen Wirtschaft vollzogen. Deutsche Industrieprodukte wurden in stetig steigenden Mengen gegen Nahrungsmittel aus dem Ausland eingetauscht. Da viel Arbeit und wenig Materialwert in den Erzeugnissen der heimischen Industrie steckte, war diese Ausfuhr für unsere Volkswirtschaft überaus vorteilhaft, so daß auch in Zukunft im Interesse der Ernährung und Erhaltung des Volkes Wert auf die Ausfuhr hochwertiger Produkte gelegt werden muß. Der Nahrungsspielraum muß sich naturgemäß in dem Maße verringern, als die Voraussetzungen dieses Austausches in Wegfall kommen. Bereits auf der Friedenskonferenz am 13. Mai 1919 überreichte Graf Brockdorff-Rangau einen Bericht des deutschen Wirtschaftsausschusses, in dem es u. a. wie folgt heißt:

es jedoch in der Lage, die Ernährung einer Bevölkerung von fast 68 Millionen (ohne Krieg wären es heute nach amtlicher Feststellung 75 Millionen) sicherzustellen. Dieses Mehr von Bevölkerung lebte vor dem Kriege direkt oder indirekt von der Exportindustrie und dem Handel und war also der produktivste Stand der Bevölkerung, denn er behauptete Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft."

Und in dem Material des Statistischen Reichsamtes über Deutschlands Wirtschaftslage, das auch der Daweskommission vorgelegen hat, heißt es:

"Im ganzen steht jenseit Deutschland heute im Verhältnis zu der ihm verbliebenen Einwohnerzahl eine bedeutend kleinere Ernährungsbasis zur Verfügung. Es ist deshalb in noch stärkerem Maße als vor dem Kriege auf Nahrungsmittel-einfuhr und zur Bezahlung derselben auf Steigerung seiner industriellen Tätigkeit angewiesen."

Mit der Errichtung der Zollmauern wird der internationale Warenaustausch mit Deutschland gedrosselt. Andere Staaten werden sich in gleicher Weise vor der Einfuhr deutscher Industrieprodukte zu schützen versuchen. Selbst unsere ehemaligen deutschen Uebersehungsgebiete hindert man, billige Lebensmittel nach Deutschland einzuführen. Diese sogenannte Wirtschaftspolitik bedeutet für die deutschen Arbeiter gesteigerte Arbeitslosigkeit, Druck auf den Arbeitsmarkt, infolgedessen Senkung der Löhne und aller übrigen Arbeitsbedingungen und auf der anderen Seite enorme Verteuerung der Lebenshaltung.

Die passive Handelsbilanz ist ein beliebtes Mittel der Regierung und der Unternehmer, um den Arbeitern plausibel zu machen, daß sie mehr und billiger produzieren müssen. Die Unternehmer hoffen auf diese Weise, den Abfall auf dem Weltmarkt zu steigern, den Arbeitern aber zugleich den 10-Stundenlag und Lohnkürzung aufzubehalten. Das Statistische Reichsamte weiß nach, daß die deutsche Wirtschaft mehr verzehrt als sie hervorbringt. Es soll der Passivsaldo der Handelsbilanz für die Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni d. J. 2,28 Milliarden Goldmark betragen. — Wie ansehnlich die Ermittlungen und die Bewertungen des Statistischen Reichsamtes bezüglich der Passivität der Handelsbilanz sind, geht u. a. aus dem Nachweis der Handelslaster in Hamburg hervor. Nach der amtlichen Statistik sollen im Jahre 1924 463 927 Tonnen Reis eingeführt, dagegen nur 157 682 Tonnen ausgeführt sein. Für den deutschen Konsum wären demnach also 306 305 Tonnen verblieben. Sachverständige halten es für ausgeschlossen, daß Deutschland diese Mengen aufgebraucht haben kann, denn der Verbrauch vor dem Kriege betrug 170 000 Tonnen, während er von denselben Sachverständigen auf 150 000 Tonnen angenommen wird. Als bezüglich dieser Ziffern die Interessenten beim Statistischen Reichsamte Einspruch erhoben, wurde folgender Bescheid erteilt:

"Die Ausfuhrziffern des Spezialhandels umfassen alle über die Land- und Seegrenzen des Deutschen Reiches ausgeführten Waren, soweit sie aus dem freien Verkehr oder aus dem aktiven Veredelungsverkehr für Rechnung eines Inländers stammen. In der Einfuhr werden außer den in den freien Verkehr geflossenen Waren auch die zur Veredelung für inländische Rechnung (einschließlich der Be- oder Verarbeitung im Freihafen Hamburg) eingeführten Waren mit nachgewiesen. So sind insbesondere in den Einfuhrziffern für Reis große, im Freihafen Hamburg einem Nachvollzugsprozess unterworfenen Mengen miteinhalten. Da der Uebergang dieser Mengen in den freien Verkehr zur Vermeidung von Doppelzählungen statistisch nicht erfasst wird, ist hier nicht bekannt, wieviel davon sich noch auf Lager befindet."

Außerdem besteht die Vermutung, daß die Einfuhrwerte zu hoch und die Ausfuhrwerte zu niedrig eingeleitet werden. In diesem Zusammenhang ist es wichtig festzustellen, daß die deutsche Handelsbilanz seitmäßig im Jahre 1880 aktiv, seither in steigendem Maße passiv gewesen ist und trotzdem stieg das Volkseinkommen bis 1914 fortgesetzt. Richtig ist, daß ein Schuldenstaat wie Deutschland, dem ungeheure Verpflichtungen auferlegt sind und der ausländisches Kapital in Anspruch nehmen muß, seine Schulden und Zinsen nur durch vermehrte Warenausfuhr bezahlen kann. Die Zollpolitik der Rechtsparteien verhindert aber den freien Warenaustausch. Die zollgeschützte deutsche Industrie und Landwirtschaft hat den Zutritt der freien Konkurrenz nun nicht mehr zu fürchten und sie braucht an eine Nationalisierung ihrer Produktion vorläufig nicht zu denken.

Unter dem Schlagwort "Schutz der nationalen Arbeit" sind für die Industrie Zollsätze in bisher unbekannter Höhe beschlossen worden, z. B. für Motorräder bis 350 Mk. und für Automobile bis 250 Mk.

für jeden Doppelzentner Gewicht. Behalich liegt es bei anderen Industrierprodukten, wo die Zollsätze bis auf das 35fache der Vorkriegszeit erhöht worden sind. Die Wirkung einer solchen Zollpolitik kommt einem Einfuhrverbot nahezu gleich. Für die Industrie ist nach Meinung der Zollparteien dieser hohe Zoll nur als Erziehungsmaß für vorübergehende Zeiten. Damit erkennen die Blockparteien an, daß der Industrie eine ungerechtfertigte Kapitalrente am Rücken der Allgemeinheit auf Jahre hinaus gewährt wird. Mit dieser Art Wirtschaftspolitik wird aber auch der überlegte Produktionsapparat galvanisiert und alle der Volkswirtschaft direkt schädlichen Betriebe werden künstlich gestützt. Diese Inflationsgebilde können sich doch nur am Leben erhalten, weil ihnen die Kartell- und Syndikatswirtschaft an gemessener Preise für ihre Produkte sichert, und da ihnen keine Auslandskonkurrenz droht, wird ihnen eine Monopolstellung geschaffen. Gestützt auf die so zustande kommenden Ueberweltmarktpreise erhalten die technisch fortgeschrittenen Betriebe in Deutschland eine besondere Differentialrente, denn die Kartellpreisen richten sich nach den am schlechtesten rentierenden Kartellbetrieben. Nur diesem Zustand ist es zu danken, daß die Zahl der an der Warenproduktion und Warenverteilung beteiligten Unternehmungen eine gewaltige Steigerung erfahren hat und die parasitären Unternehmungen sich trotz der hohen Zinsen für Leihkapital usw. am Leben erhalten können.

Allein dieser staatlichen Protektionswirtschaft — die nichts mehr mit Volkswirtschaft zu tun hat — es zu zuschreiben, daß die Zahl der Kleinrentenbesitzer im Reichsgebiet stieg. Die Zahl der G. m. b. H. stieg in derselben Zeit von 26 790 auf 74 576. Die ungeheure Zahl der übrigen Einzelhandelsbetriebe sowie der privaten Produktionsbetriebe ist statistisch nicht abzuschätzen überhaupt nicht festzustellen. Wirtschaftlich ist ein derart überlegter Produktions- und Warenverteilungsapparat einfach unerträglich. Alle diese Interessenten in Landwirtschaft, Industrie, Handel und Gewerbe wurzeln mit ihrer Existenz in der von der Reichsregierung betriebenen Wirtschaftspolitik, und deshalb standen diese Kreise während der letzten Wochen in entscheidenden Wirtschaftstragen auf der Seite der Zollfreunde.

Eine Befundung dieser unwirtschaftlichen Zustände ist nur möglich durch geschlossenes Zusammenstehen aller Lohn- und Gehaltsempfänger. Sie allein haben die Möglichkeit, das bestehende Monopol der Produktionsmittelbesitzer durch das Monopol der Arbeiter zu brechen. Von den drei Produktionsfaktoren sind die beiden Faktoren wie Kapital, Grund und Boden monopolisiert. Dagegen wird die Notwendigkeit auch den dritten Faktor, die Arbeitskraft, durch strikte Organisationen zu monopolisieren und mit ihrer Hilfe eine wirklich aktive Wirtschafts- und Lohnpolitik zu treiben nur erst von dem kleinsten Teil der Lohnempfänger erkannt. In der kapitalistischen Lohnwirtschaft ist nun einmal der Kampf um den höchsten Preis unumgänglich. Er wird geführt um den höchsten Kapitalzins, den höchsten Warenpreis und den höchsten Lohn. Bestimmenden Einfluß könnte die Arbeiterkraft ausüben auf die Warenpreise durch ihre genossenschaftlichen Organisationen, auf die Lohnhöhe mittels der Gewerkschaften.

Die Arbeiter müssen sich ein Beispiel nehmen an der geschlossenen Front der Unternehmer in Industrie, Handel und Landwirtschaft und von ihrer gewerkschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Macht den verfassungsmäßigen Gebrauch machen. Im Unternehmerlager gibt es keine Grenzen der Weltanschauung, dort entscheidet allein das wirtschaftliche Interesse. Im Reichsverband der deutschen Industrie und in der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände waren 1923 bereits 1611 Reichs- sowie Landes- und Bezirksorganisationen zusammengeschlossen. Der Zentralausschuß der deutschen Unternehmerverbände verfolgt die gemeinsamen wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Interessen. Dem Reichsverband der deutschen Industrie ist u. a. das Gebiet der Lohn-, Tarif- und sozialpolitischen Fragen anvertraut. Die engen wirtschaftlichen Beziehungen und Kartellbeziehungen sorgen für eine weitere Stärkung der Aktionstrakt der Unternehmer.

Dagegen waren von den im Jahre 1921 aus der Arbeiterstatistik ermittelten Feststellungen organisierte Arbeiter 20 596 618 und 1 464 801 Organisationsstellen vorhanden, unorganisiert die vielen Beamten. Die Zahl der in den 4 gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen vereinigten Arbeiter, Angestellten und Beamten wird heute 7 Millionen kaum überschritten. Es stehen demnach also mehr als zwei Drittel aller Organisationsfähigen außerhalb der gewerkschaftlichen Interessensvertretung. Hier liegen die tiefen Ursachen für den Sieg der Unternehmer!

Die ungeheure gewerkschaftliche und wirtschaftliche Organisationsmacht der Unternehmer drückt der deutschen Wirtschaft ihren Stempel auf. Sie übt bestimmenden Einfluß aus auf die öffentliche Meinung

und die gesamte Gesetzgebung in Reich, Ländern und Gemeinden. Neben der Lohn- und Gehaltsempfänger ihre Koalitionsrecht und ihr politisches Mitbestimmungsrecht aus, erkennen sie, daß Reich, Länder und Gemeinden für alle Zukunft tief in die Lebenshaltung jedes einzelnen durch Steuern und Besetze eingreifen müssen, daß die Regelung aller Lebensäußerungen des Volkes in steigendem Maße zu einer gesellschaftlichen Angelegenheit wird, dann wird die Wirtschaft in Deutschland nicht nur eine Angelegenheit der privaten Profitsinteressen der sogenannten Wirtschaftsführer sein, sondern dann wird die Arbeiterklasse, vertreten durch ihre Organisationen eine Wirtschaftsordnung begründen helfen, die dem höchsten Leistungsgrade entspricht. Unsoziale Steuerlasten und protektionistische Volkswirtschaft sind dann einfach unmöglich.

Einzig und allein die gesellschaftliche Macht der Arbeit, verkörpert in ihren Organisationen, garantiert den größtmöglichen wirtschaftlichen Erfolg. Gesellschaftliche Macht zur Herrschaft in Staat und Wirtschaft. Nur durch diese Macht liefert sie schließlich den Beweis für ihre geistige und materielle Reife zur Leitung ihrer eigenen Geschicke.

H. Schlimme.

Zur Reichsstarifverhandlung in der Ledertreibriemen-Industrie.

In der Nr. 32 unserer Zeitung verließen wir darauf, daß die Arbeitgeber den Tarifvertrag der Treibriemenindustrie zum 30. September 1925, also zum Ablauftermin getündigt haben. In einer Beratung der Arbeitgeber, die in Köln stattfand, gab Dr. Mertens, der Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes, eine Uebersicht über die letzte Reichsstarifperiode 1924/25.

Bekanntlich hat man im vergangenen Jahr den sozialpolitischen Teil von den Funktionen des Treibriemenfabrikanten-Verbandes abgetrennt und seitdem führt der neu gegründete Arbeitgeberverband alle diesbezüglichen Aufgaben aus. Der Grund waren, wie wir aus dem Bericht entnehmen, die vielen Mißbilligungen, die durch die zentralen Lohnfestlegungen entstanden. Freilich ist dieser Grund gleichfalls verschwunden, weil seit 1 1/2 Jahren die Löhne drücklich oder begierlich geragt werden. Dem Bericht zufolge sind dem Arbeitgeberverband 130 Mitglieder angeschlossen, diese Zahl entspricht ungefähr der Hälfte der überhaupt vorhandenen Treibriemenfabrikanten. Die Zahl jedoch als solche hat keinen Einfluß auf die Gültigkeitsausdehnung des Reichsstarifvertrages, weil ja derselbe — seit 5 Jahren bestehend — alljährlich nach Neuabschluß für das ganze Reich allgemeinerbindlich erklärt wurde.

Der Bericht weist weiter darauf hin, daß durch das Festhalten unseres Verbandes am Nachstundtag, trotz langwieriger Verhandlungen von März bis September 1924 es nicht gelang, die neunste Stunde tariflich zu binden. Lediglich der prozentuale Zuschlag wurde für die ersten fünf Ueberstunden pro Woche

von 25 auf 15 Prozent festgelegt. Die 48stündige Arbeitszeit wäre für manche Leute wenig vorteilhaft gewesen, weil am Plage die Schwerindustrie eine längere Arbeitszeit habe. Jedoch gibt man zu, daß in der Praxis die Schwierigkeiten, die daraus entstünden sind, überwunden wurden, was zum Schluß berechtigt, daß man sich mit dem Achtstundentag abgefunden hat.

Ferner wurde die Frage erörtert, ob es zweckmäßig sei, den § 4 des Reichsstarifes in seiner jetzigen Fassung bestehen zu lassen. Dieser Paragraph gibt bekanntlich den Schiedsgerichten bei Lohnfestlegungen die Befugnis, endgültig zu entscheiden. Im Nachhinein wird darauf verwiesen, daß, wenn diese Bestimmung nicht vorhanden gewesen wäre, die Arbeitgeber nicht immer den Spruch angenommen hätten, (da Arbeitnehmer sicherlich auch nicht. D. Red.), weil das abgelaufene Tarifjahr für die Ledertreibriemen-Industrie ein Jahr voll schwere Sorge um die Erhaltung der nothwendigen Erzeugnisse gewesen sei.

In der Ferienfrage will man anscheinend einen weiteren Schritt unternehmen, nachdem schon im vergangenen Jahre zwei Ferienstage gestrichen wurden. Nach dem Bericht fordert Dr. Mertens mindestens eine dreiwöchentliche Betriebsunterbrechung, bevor ein Ferienanspruch von Arbeitnehmern erhoben werden kann. Als Beispiel wird ein Fall angeführt, wonach ein Treibriemen wenige Wochen im Betrieb gearbeitet hat, seine 7 Tage Ferien nahm und dann sich nicht mehr blicken ließ. (?)

Im allgemeinen spricht sich der Bericht dahin aus, daß man unter Berücksichtigung der nicht geklärten Punkte nach Beilegung derselben wieder für einen Tarif über das ganze Reich eintrete.

Wir haben die für uns wichtigsten Punkte aus dem Bericht entnommen, um sie den interessierten Kollegen zur Kenntnis zu bringen, haben uns dabei aber jeder Polemik enthalten. Der Hauptgrund, warum wir jede Kritik vermeiden, ist der, weil uns mitgeteilt wurde, daß erst am 15. September endgültig von den Arbeitgebern zu den Tarifabänderungsanträgen Stellung genommen werden soll. Erst wenn wir die positiven Gegenvorschläge haben, können wir uns dazu kritisch äußern. Wir nehmen an, daß der Bericht in der Zeitung Nr. 8 für „die deutsche Ledertreibriemen-Industrie“ im September aus der Taube der Arbeitgeber eine weitere Debatte auslösen wird. Wir werden in der Tarifverhandlung, die voraussichtlich in der letzten Septemberwoche stattfindet, jede eventuell beabsichtigte Verschlechterung abzuwenden wissen und unsere Verbesserungsanträge stellen. —j.g.—

Die Gewerkschaften der Erde.

Das soeben erschienene 3. Jahrbuch des Internationalen Gewerkschaftsbundes ist eine äußerst interessante Zusammenstellung von Statistiken und Berichten, da es sich nicht nur auf die dem IGB angehörenden 23 Landesorganisationen beschränkt. Aus 46 Ländern, die sich auf alle 5 Erdteile verteilen, sind zahlenmäßige Angaben über gewerkschaftliche Organisationen zusammengebracht worden; rund 36 Millionen

gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, Angestellte und Beamte sind danach auf der Welt vorhanden. Diese 36 Millionen sind natürlich nicht alle einer Richtung. Der IGB hat im Jahrbuch 5 Gruppen unterschieden: 1. dem IGB angehörende Verbände, 2. konfessionelle, 3. syndikalistische, 4. kommunistische und 5. „verschiedene“ Gewerkschaften. Die 36,4 Millionen verteilen sich auf diese 5 Gruppen wie folgt:

IGB (einschließlich einiger nicht dem IGB angehörender Organisationen, die aber auf seinem grundsätzlichen Standpunkt stehen)	Standpunkt
Konfessionelle	16 490 121
Syndikalisten	2 354 583
Kommunisten	404 700
Verschiedene	5 245 889
	11 970 000

Zu diesen Zahlen sind einige Bemerkungen notwendig. In der Gruppe „Verschiedene“ sind die stärksten Organisationen die in Nordamerika mit zirka 3,5 Millionen, in Italien mit zirka 2 Millionen, in Deutschland mit 1,3, in England mit 1 und in Australien mit 0,7 Millionen Mitgliedern. Die Ausführung dieser Länder zeigt schon, daß man hier absolut keine einheitlichen, „neutral“ eingestellten Gewerkschaften vor sich hat. Während z. B. die australischen Verbände die Träger einer unabhängigen Arbeiterpolitik sind, kommen die 2 Millionen „Gewerkschaftler“ aus Italien aus dem sozialistischen Lager, also aus Organisationen, denen von der Internationalen Arbeitskonferenz der Charakter der Gewerkschaft nicht zuerkannt wurde. Bei den Zahlen über Deutschland wissen wir, daß darin u. a. die Hirsch-Dunderschen Verbände mitinbegriffen sind, aber denen können auf keinen Fall die „Gelben“, die nationalen Berufsverbände gleichgestellt werden, die wahrscheinlich auch zu den „Verschiedenen“ gerechnet sind. Es erscheint bei solchen Uebersetzungen als zweckmäßig, bei späteren Statistiken zu versuchen, solche Organisationen, die ihrem Wesen nach keine wirtschaftlichen Kampforganisationen der Arbeiter sind und auch nicht sein wollen, ganz bei der Betrachtung auszuschließen. Es wäre jedenfalls bedauerlich, wenn bei der Bewertung der Zahlen des Jahrbuches Fehler zu der Ansicht kommen sollten, daß die Stärke der wirtschaftlichen Organisationen ziemlich an die der Amsterdamer Internationalen heranreicht. Davon kann in Wirklichkeit keine Rede sein.

Weitere statistische Angaben zeigen, wie groß der Prozentatz der gewerkschaftlich organisierten Bevölkerung in den verschiedenen Ländern ist. Wir erfahren, daß in Deutschland 17,3 Proz., in England 13,3 Proz. der Gesamtbevölkerung gewerkschaftlich organisiert sind; in den Ländern mit einer neueren industriellen Entwicklung ist es dagegen nur ein ganz geringer Bruchteil, so in Japan (125 551 Organisierte) 0,2 Proz., Indien (300 000) 0,1 Proz., Ägypten (12 000) 0,09 Proz., und in dem Riesereich China mit seinen mehr als 400 Millionen Einwohnern sind 300 000 Organisierte gleich 0,07 Proz. der Bevölkerung vorhanden. Mehr ins einzelne gehen die zahlenmäßigen An-

Die Lage der arbeitenden Klassen in England.

Wir ehren die großen Vorkämpfer des Sozialismus, indem wir ihre Werke der Vergangenheit studieren. Friedrich Engels, der Mitbegründer des wissenschaftlichen Sozialismus, schilderte zuerst das Leben der englischen Arbeiter und legte damit überhaupt den Grund zu eingehenderem Studium der Arbeiterverhältnisse in den modernen Kulturländern. Dieses Leben ist heute auch noch nicht bejagt; es besteht in allen industriellen Großstädten. Folgende Schilderung redet eine deutliche Sprache.

Der große Arbeiterbezirk liegt östlich vom Tower, wo die Hauptmasse der Arbeiter Londons konzentriert ist. Hören wir, was G. Aston, der Prediger von Saint Philips über den Zustand seiner Pfarrei sagt: „Sie enthält 1400 Häuser, die von 2795 Familien oder ungefähr 12 000 Personen bewohnt werden. Der Raum, auf dem diese große Bevölkerung wohnt, ist weniger als 400 Yards im Quadrat, und bei solcher einer Zusammendrängung ist es nichts Ungewöhnliches, daß ein Mann, seine Frau, 4-5 Kinder und zuweilen noch Großvater und Großmutter in einem einzigen Zimmer von 10 bis 12 Fuß im Quadrat gefunden werden, worin sie arbeiten, essen und schlafen. Und wenn wir uns einmal mit den Leiden dieser Unglücklichen durch eigene Anschauungen bekanntmachen, wenn wir sie bei ihrem fargen Mahle betauschen und sie von Krankheit oder Arbeitslosigkeit gebeugt sehen, so werden wir eine solche Masse von Hilflosigkeit und Elend finden, daß eine Nation wie die unsrige, über die Möglichkeit derselben sich zu schämen hat. Nicht ein Familienvater in der ganzen Nachbarschaft hat andere Kleider als sein Arbeitszeug, und das ist noch so schlecht und zerlumpt wie möglich. Da viele haben außer diesen Lumpen keine andere Decke wäh-

rend der Nacht und als Bett nichts als einen Saal mit Stroh und Hobelspanen.“

Wir sehen schon aus der obigen Beschreibung, wie es in diesen Wohnungen selbst auszu sehen pflegt. Zum Uebersich wollen wir den englischen Behörden, die zuweilen dahin geraten, noch in einige Proletarierwohnungen folgen. Bei Gelegenheit einer Totenschau erzählten die Journale folgendes von der Wohnung der verstorbenen 45jährigen Ann Galway: Sie hatte in Nr. 3 White-Lion Court, Vermondien Street, London, mit ihrem Mann und ihrem 19jährigen Sohne in einem kleinen Zimmer gewohnt, worin sich weder Bettstelle noch Bettzeug, noch sonstige Möbel befanden. Sie lag tot neben ihrem Sohne auf einem Haufen Federn, die über ihren fast nackten Körper gestreut waren, denn es war weder Decke noch Bettzeug vorhanden. Die Federn lebten so fest an ihr über dem ganzen Körper, daß der Arzt die Leiche nicht untersuchen konnte, bevor sie gereinigt war. Dann fand er sie ganz abgemagert und über und über von Ungeziefer zerbißen. Ein Teil des Fußbodens im Zimmer war ausgerissen und das Loch wurde von der Familie als Abtritt benutzt.

Montag, den 15. Januar 1844, wurden zwei Knaben von das Polizeigericht von Bowshipp-Street, London, gebracht, weil sie aus Hunger einen halb gekochten Kaffee von einem Laden gestohlen und sofort verzehrt hatten. Die Mutter dieser Knaben war die Witwe eines alten Soldaten und späteren Polizeidiener, der es seit dem Tode ihres Mannes mit ihren neun Kindern sehr schlecht ergangen war. Als der Polizeidiener zu ihr kam, fand er sie mit sechs ihrer Kinder in einem kleinen Hinterstübchen buchstäblich zusammengedrängt, ohne Möbel, ausgenommen zwei alte Binsensühle ohne Boden, einen kleinen Tisch und zwei zerbrochene Beinen, eine zerbrochene Tasse und eine kleine Schüssel, auf dem

Herde kaum einen Funken Feuer und in der Ecke soviel alte Lumpen, als eine Frau in ihre Schürze nehmen konnte, die aber der ganzen Familie zum Bett dienten. Zur Decke hatte sie nichts als ihre ärmliche Kleidung. Die arme Frau erzählte, daß sie ihre Bettlucher dem Wirtualienhändler als Unterpfand für einige Lebensmittel dargelassen habe; sie habe überhaupt alles verkaufen müssen, um nur Brot zu bekommen.

In anderen großen Hafenstädten sieht es nicht besser aus. Liverpool mit all seinem Handel, Glang und Reichtum behandelt dennoch seine Arbeiter mit derselben Barbarei. Ein volles Fünftel der Bevölkerung, also über 45 000 Menschen, wohnen in engen, dunklen, feuchten und schlecht ventilierten Kellern, deren es 7862 in der Stadt gibt. Dazu kommen noch 2270 Höfe, das sind kleine Plätze, die nach allen vier Seiten zugebaut sind und nur einen schmalen, meist überwölbten Zugang haben, die also gar keine Ventilation zulassen, meist sehr schmutzig und fast ausschließlich von Proletariern bewohnt sind. Ganz dasselbe finden wir in den Fabriksstädten. Von Birmingham wird berichtet: In den älteren Teilen der Stadt sind viele schlechte Gegenden, schmutzig und vernachlässigt, voll stehender Pfützen und Haufen Abfalls. Die Höfe sind in Birmingham sehr zahlreich, über 2000 enthalten die größte Zahl der Arbeiterklasse. Sie sind meist eng, klein, schlecht ventiliert und mit schlechten Abzügen und enthalten von 8 bis zu 20 Häusern, die meist nur nach einer Seite hin zu lästen sind, weil sie die Rückwand mit einem anderen Gebäude gemein haben und im Hintergrunde des Hofes liegt ziemlich allgemein ein Aushenoch oder dergleichen, dessen Schmutz sich nicht beschreiben läßt.

gaben über die dem IGB. angehörenden Verbände. Wir sehen dabei vor allem, daß im Jahre 1923 fast überall auf der Welt ein Mitgliederverlust zu verzeichnen ist.

Innerhalb des IGB. können nur Dänemark, Schweden, Lettland und Estland über geringfügige Zunahmen berichten. Der in Deutschland durch die Inflations- und Stabilisierungskriege herbeigeführte Rückgang in den Jahren 1923 und 1924 war in England schon 1921 und 1922 zu verzeichnen. 1923 sind dort die Zahlen ziemlich unverändert geblieben, während bei uns erst 1922 mit nahezu 8 Millionen Mitgliedern der Höhepunkt erreicht war. Bei einem Vergleich der deutschen und englischen Gewerkschaften ist für uns auch die Tatsache interessant, daß in England nur 6,5 Proz. (280 437) weibliche Mitglieder vorhanden sind, während wir rund 1,2 Millionen gleich 21,8 Proz. verzeichnen konnten. Da es nicht wahrscheinlich ist, daß die Zahl der erwerbstätigen Frauen in England viel geringer ist als bei uns, so muß man auf mangelnde Interessen bei den Frauen und wahrscheinlich auch bei den Gewerkschaften selbst schließen. Das gewerkschaftliche Zeitungswesen scheint in England auch nicht sehr ausgebaut zu sein, denn von 174 Verbänden geben nur 55 regelmäßige Zeitschriften heraus.

Ein besonderer Abschnitt wird den internationalen Berufssekretariaten gewidmet: es gibt deren jetzt 28 mit 518 angeschlossenen Organisationen, die 14 785 921 Mitglieder haben. Interessant ist hierbei die Feststellung, daß 112 Organisationen mit 1 859 959 Mitgliedern darunter sind, die nicht dem IGB. angehören. Eine Gruppe davon, wie die deutschen Gewerkschaften der Tischgeschloßarbeiter mit 377 000 Mitgliedern, gehören aus bestimmten Gründen nicht ihrer, dem IGB. angeschlossenen Landeszentrale an. Die andere größere Gruppe, 56 Verbände mit 1 289 973 Mitgliedern stammt aus Ländern, deren Landeszentrale nicht dem IGB. angehört, von denen allein 10 Verbände aus den Vereinigten Staaten mit 840 000 Mitgliedern sind. Auch die feiner internationalen angeschlossenen Normgeber sind anscheinend sogar vollzählig den Berufssekretariaten angegliedert.

Neben diesen interessanten statistischen Angaben enthält das Jahrbuch noch die Berichte der Landeszentralen und der Berufssekretariate für das Jahr 1923, die sich auf die Organisation, die Kongresse sowie auf die Bestrebungen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet beziehen. Wertvolle Ergänzung erhält das Jahrbuch durch Aufführung aller den Landeszentralen wie den internationalen Berufssekretariaten angehörenden Gewerkschaften nebst Adressen, Angaben. Weiter finden wir ein Verzeichnis aller Arbeiterbildungseinrichtungen der sozialistischen Internationale angehörenden Parteien, der sozialistischen Jugendinternationale sowie des internationalen Genossenschaftsbundes. Dem Verzeichnisse sind Angaben über die Mitgliederzahlen beigelegt.

Der recht vielseitige Inhalt macht das Jahrbuch zu einem wertvollen Hilfsmittel für die verschiedensten Zwecke; es sollte daher in größeren Bibliotheken und wichtigen Bureaus vorhanden sein.

Opferwilligkeit

Das Beitragszahlen, so dünkt manchen, sei ein recht großes Opfer das er dem Verband resp. seiner Berufsorganisation bringt. Ohne Beitragszahlen können wir in der Gewerkschaft indes nichts leisten. Und wer sich einigermassen klar macht, daß nur das Bestehen einer kraftvollen Organisation ihm einigermassen in seiner Existenz Sicherheit gewährt, der wird auch erkennen, daß diese sogenannten Opfer in Gestalt von Beiträgen gar keine Opfer sind, sondern viel richtiger als Sparguthaben bezeichnet werden müssen, die reichliche Zinsen tragen.

Wer regelmäßig seine Beiträge zahlt, erfüllt damit nicht nur eine Pflicht, nein, er erwirbt sich dadurch zugleich auch eine ganze Anzahl von Rechten. Höher wie die materiellen Rechte an die Unterstützungsteilungen des Verbandes sind die moralischen Rechte zu bewerten, die sich das treue Verbandsmitglied erwirbt. Die Ueberzeugung nämlich, seinen Teil beigetragen zu haben, daß die Existenzbedingungen seines Berufsstandes in erträglichem Zustande gehalten und zu gegebener Zeit weiter verbessert werden können, eben durch die Organisation.

Die gewerkschaftliche Opferwilligkeit ist mithin eine Tat, die letzten Endes im ureigensten Interesse eines jeden Arbeiters selbst vollbracht wird. Denn was der Gesamtheit der Berufsgenossen dienlich ist, kommt selbstverständlich auch jedem einzelnen selbst zugute, der doch ein Teil des Ganzen ist.

Es ist nicht nötig, erneut auf alle Einzelheiten einzugehen, die hier in Betracht gezogen werden müssen. Es sei aber daran erinnert, daß bei uns an ein ruhiges, beschauliches Leben nicht zu denken ist. Das Unternehmertum bedroht unsere mühsam erkämpfte Position ständig durch seine Teuerungs- und Schanzmachereipolitik; durch Angriffe auf unsere Errungenschaften und durch Ausperrungen.

Trotz der steigenden Preise weisen sie Lohnforderungen kaltherzig zurück, ja sie versuchen die Löhne zu kürzen, die Arbeitszeit zu verlängern, die Ferien abzuschaffen, überhaupt die gesamte Lebenshaltung zu verschlechtern.

Diese Angriffslämpfe der Unternehmer müssen abgewehrt werden. Abwehrkämpfe sind indes teuer, weil sie zu einer Zeit stattfinden, die den Unternehmern günstig, den Arbeitern aber ungünstig gelegen ist.

Noch immer zieht die Arbeitslosigkeit und die Kurzarbeit viele unserer Mitglieder in ihren Bann. Dadurch wird der finanzielle Wiederaufbau ebenfalls stark behindert. Die Inflation mit ihren ruinösen Auswirkungen auf die Gewerkschaften, ist nur durch längere Opferwilligkeit wieder weit zu machen. Die Aktionsfähigkeit des Verbandes muß auf jeden Fall so schnell wie möglich wieder hergestellt werden.

In dieser Situation wäre längst eine Beitragsregulierung erforderlich gewesen, da indes der Verbandstag vor der Tür steht, wurde davon abgesehen. Um so mehr ist es deshalb notwendig, daß die Mitglieder, die in Arbeit stehen, sich einer korrekten Beitragszahlung kessefertigen. Dazu gehört nicht nur Pünktlichkeit, sondern auch, daß in die richtige Beitragsklasse gezahlt wird. Deutlich gesagt, du sollst nicht gerade in die niedrigste Beitragsklasse zahlen, die für dich in Betracht kommt, sondern die höheren wählen. Dadurch behindest du gewerkschaftliche Opferwilligkeit und sicherst dir selbst zugleich höhere Rechte an den Leistungen des Verbandes.

Einen bedauerlichen Mangel an Opfermahn beweisen freilich jene, welche sich weigern, die Pflichtmarke für den Boikottschuß zu stechen. Ohne solches kleine Opfer können keine Aktionen ausgeführt werden.

Wie soll denn nachher jene große Aktion ausfallen, bei der Leib und Leben in die Schanze geschlagen werden muß, die schon so oft kläglich gescheitert wurde, wenn diese kleinen Opfer nicht einmal willig und unaufgefordert gebracht werden?

Mit Diktatorismus wird nichts erreicht, ebenso wenig mit Diktatorerei vom Zahlen der notwendigen Beiträge.

Unseren geschulten und treuen Mitglieder ist die Beitragsleistung eine Selbstverständlichkeit, sie erachten es einfach für würdelos, sich mit allerlei Ausreden davon drücken zu wollen. Leider gibt es aber noch genug Berufsgenossen, die erst noch dazu erzoogen werden müssen, das als unwürdig zu erkennen.

Wir kennen kein ehrenvolleres Handeln als jenes unserer Mitglieder, die selbst in bebrängter Lage, unter Entbehrungen, ihre Verbandsbeiträge zahlen. Diese haben erkannt, daß unsere Gesamtzerstörung bedingt davon abhängt, daß der Verband aktionsfähig bleibt. Ohne Saat keine Ernte, ohne Opfer kein Erfolg! Und ohne Beitragszahlen keine Kampforganisation!

Paul Schliebs †.

Der Geschäftsführer des Tarifamts der Buchdrucker, Paul Schliebs, Berlin, ist am 27. August gestorben. Mit ihm ist eine der bekanntesten Persönlichkeiten des Buchdruckgewerbes dahingegangen, die wegen ihrer großen Sachlichkeit und strengen Rechtlichkeit nicht nur von den Gehilfen, sondern auch von den Unternehmern sehr geschätzt wurde. Schliebs war einer der führenden Männer, die die Tarifgemeinschaft im Buchdruckgewerbe auf- und ausbauten. Seine Lebensarbeit sichert ihm ein dauerndes Andenken bei allen organisierten Buchdruckern.

Stand der Löhne Ende August 1925.

Lederwaren-Industrie (Tarifmindestlohn des Facharbeiters über 23 Jahre).
Lohnsätze: Hamburg-Bremen 94, Berlin 82, Leipzig-Westfalen 80, München 80, Stuttgart-Württemberg 80, Offenbach-Frankfurt a. M. 80, Dresden-Ostschlesien 80, Hannover 79, Magdeburg 78, Erfurt-Thüringen 76, Mainz 76, Nürnberg-Fürth 75, Rheinland-Westfalen 75.

Lederwaren-Industrie (Tarifmindestlohn des Facharbeiters über 22 Jahre).
Lohnort oder Bezirk: Berlin 93, Frankfurt 90, Hamburg 89, München-Augsburg 88, Nürnberg-Fürth 87, Stuttgart 87, Bremen 82, Asperg, Ehlingen, Giengen, Hüllingen, Reutlingen, Schorndorf, Ulm a. d. D. 82, Köln, Düsseldorf, Duisburg, Oberhausen, Wülheim-Ruhr, Essen, Bochum, Dortmund 80 (außer Sozialzulage für Frau und Kind je 2 Pf. pro Stunde), Bezirk RW-Gruppe 79, Magdeburg 78, Erfurt 77, Chemnitz, Freital-Deuben, Dresden, Leipzig, Postzappel, Plauen, Zwickau 77, Hannover 76, Weimar 73, Rostock 72, Breslau 70, Altmittweida, Bischofswerda, Frankenberg, Glauchau, Reichen, Wittweiba, Niederhesslra, Kiesa, Seiffenhensdorf, Berbau, Wurzen und Zittau 68,8, Hildesheim 68, Kesselsdorf 66,5.

Handwerkszähler. Die Tariflöhne, die in Nr. 33 der Zeitung veröffentlicht wurden, waren auch Ende August noch in Geltung.

Fahrzeugindustrie (Tariflohn der ältesten Facharbeitergruppe).

Lohnorte: Hamburg 100, Stuttgart 92 (Altkar 115-120). Die Löhne der anderen Drite sind aus der Nr. 33 unserer Zeitung ersichtlich und haben im August keine Veränderung erfahren.

Tapezierergewerbe (Tarif- und Mindestlöhne der ältesten Facharbeitergruppe, in Klammern Lohn der Näherinnen).

Lohnorte: Groß-Hamburg 112 (72), Adn-Bonn 110 (83), Düsseldorf 105, Spezialarbeiter 115 (73-93), Berlin 105 (77), Frankfurt a. M. 102 (66), Augsburg 100, Duisburg 100 (61), Elmshorn 100, Essen 100 (62), Leipzig 100 (58-69), Wambheim-Ludwigshafen 100 (74), München 100 (70), Koblenz 96, Mainz 96, Eberfeld-Barmen, Remscheid, Solingen, Bernelskirchen 85 (Besähigte 107) (73), Witten 95 (67), Magdeburg 95 (65), Hannover 95 (58), Stuttgart (Smunngbetriebe) 95 (76), Darmstadt 94, Stuttgart 94 (Möbelbetriebe), Durlach, Freiburg, Heilbronn, Karlsruhe, Konstanz, Vörrach, Pforzheim, Schweigenen und Säckingen 94 (69), Halle a. d. S. 93 (65), Wiesbaden 93 (61), Dresden 91 (61), Elbingen, Feuerbach, Friedrichshafen, Freudenstadt, Wuppinger, Gmünd, Heidenheim, Heilbronn, Ludwigsburg, Mergentheim, Ravensburg, Reutlingen, Schramberg, Tübingen, Ulm a. d. D., Wildbad, Jüssenhausen (Tapezierer- und Sattlerhandwerksbetriebe) 91, Braunschweig 90, Chemnitz 90 (64), Lübeck 90, Nürnberg-Fürth 90 (60), Steina 90 (55), Weipensfeld 90, Wilhelmshaven 90, Baden-Baden, Baden-Oos, Bruchsal, Göttingen, Hattingen, Heilbronn, Kassel, Kassel, Singen, Weinheim 90, Hamm 89, Erfurt 88, Reumünster 88, Straßburg 88, Schwierin 87, Bremen-Dehmenhorst 86 (62), Plauen 86, Kiel 86, Dülten-Bieren 85, Gänzburg 85, Oberhausen 85, Oldenburg 85, Nordhausen 84, Gotha 81, Sehmstedt 81, Beuthen, Dessau, Eisenach, Gera-Neub., Herford, Jhehoe, Kassel, Kassel, Stargard 80, Hensburg, Freiberg, Königsberg, Liegnitz, Weimar 78, Bielefeld 77, Hildesheim 76, Limberg, Bauhen, Güstrow, Krafau, Kreuznach, Sorau, Rostock 75, Parchim 73, Altenburg, Gelsenkirchen, Kaiserslautern, Tilsit 72, Allenstein 70 Pf. pro Stunde.

Verchiebene Branchen. Berlin, Einoleumleger, Teppichleger 130; Berlin, Zelte- und Plänesattler 115 (weibliche 75-86) Pf. pro Stunde.

Korrespondenzen.

Eisenach. Die hier am 2. d. Mts. stattgefundenen außerordentlichen Versammlung hat den aufgelagerten Referenten Gaukler leider nicht gehabt. Der Abend brachte doch noch in seiner Tagesordnung verschiedene wichtige Aussprachen über Krankentassen und keine Wahlen, sowie über Berufs- und Organisationsfragen.

In letzteren wurde beschlossen, die ordentlichen Versammlungen nicht mehr Sonntags, sondern Mittwochs stattfinden zu lassen, so daß die nächste Versammlung am 16. September abgehalten wird. Dies hauptsächlich den Mitgliedern zur Kenntnis, die die Versammlungen gewohnheitsmäßig schwänzen.

Bekanntgegeben wurde noch, daß in diesen Wochen sämtliche Mitgliedsbücher und -karten zur Abstempelung einbezogen werden. Für die männlichen Mitglieder beträgt der Vorkaufschlag 10 Pf ab 1. August.

Lohnbewegungen und Streiks.

Im eigenen Interesse werden die Kollegen ersucht, vor Arbeitsannahme an anderen Orten sich erst bei der betreffenden Ortsverwaltung über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen.

Die Sattler der Orthopädischen Werke in Königsberg, Allenstein, Elbing und Insterburg stehen im Streik.

Fahrzeugindustrie. Halle a. d. S. Die Sattler bei Rahte u. Sohn sind ausgesperrt.

Brandenburg a. d. H. Die Ausperrung bei Reichlein dauert an.

Tapezierergewerbe. Breslau. Lohnstreik. Ein Teil der Firmen hat beteiligt.

Haltet den Zug zu den Streikorten fern!

Verbandsnachrichten.
(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen.)

In der Woche vom 7. bis 13. September ist der 37. Wochenbeitrag fällig. Ohne Saat keine Ernte! Pünktliche Beitragszahlung ist die Voraussetzung einer erfolgreichen Lohnpolitik. Pünktliche Beitragszahlung stärkt unsere Kampffähigkeit!

Denkt daran!